



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/2911](#)

Mit Plenarbeschluss vom 28. März 2025 hat der Landtag den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Bitten des Ausschuss hat die Landesregierung dem Ausschuss weitergehende Informationen zugeleitet ([Umdruck 20/4700](#)).

In seiner Sitzung am 30. April 2025 schloss der Ausschuss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 20/2911, in unveränderter Fassung.

Jan Kürschner
Vorsitzender